

Der Lübecker Volksbote erscheint am Freitag
mittags jeden Werktag. Abonnementspreis
mit illustrierter Beilage „Volk und Welt“
frei Haus halbjährlich Reichsmark 1,20
Einzelnummer 15 Reichspfennig
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 25 351-53

Wagepreis für die achtgespaltene
Millimeterzelle 10 Reichspfennig, bei Ver-
sammlungs-, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungs-
angelegenheiten 8 Reichspfennig. — Reklamen die
beigefalt. Millimeterzelle 50 Reichspfennig
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf: 25351-53.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 17

Montag, 21. Januar 1929

36. Jahrgang

Das Goethe-Lessing-Jahr beginnt

Feiern in Braunschweig und Hamburg / Eine Rede Severings
Der „Herr aus Berlin“

Vor 100 Jahren ist in Braunschweig der „Faust“ zum erstenmal aufgeführt worden und vor 200 Jahren wurde Goethes „Nathan der Weise“ in Weimar den Deutschen und der Welt geschenkt. Dies ist für alle Deutschen ein Anlaß besinnlichen Gedankens, ein Anlaß auch zu vielen Dichterfeiern, von denen wir als Sozialisten hoffen wollen, daß sie nicht nur dem nationalen Gedanken, den sie schon repräsentieren, gewidmet sein sollen, sondern auch der Idee der beiden großen Genies: Kampf für Humanität und Menschheit.

Die Braunschweiger Feiern, die größte und gleichsam offizielle, brachte eine Aufführung des „Faust“ und in Wolfenbüttel die von „Nathan dem Weisen“, ferner die Einweihung von zwei literar-historischen Ausstellungen, endlich eine sehr schöne Morgenfeier mit Reden Walter von Moles und Julius Petersens. Bei der Eröffnung der Feierlichkeiten, über deren Verlauf und tiefere Bedeutung wir morgen einen ausführlichen eigenen Bericht bringen werden, sprach der Innenminister General Severing. Er führte aus,

daß der Staat den verantwortlichen Männern der Reichsregierung und den Leitern der Einzelstaaten und Gemeinden die Notwendigkeit größter Sparsamkeit vor Augen führe. Dieser kategorische Imperativ müsse eine Grenze finden, wenn es sich darum handle, Kulturgüter zu schützen, um zum Ausdruck zu bringen, daß wir trotz aller Not nicht darauf verzichten werden, in der Welt als Kulturvolk zu gelten. Kein Anlaß könne dies besser zum Ausdruck bringen, als Geburtstag und Gedenktag der Geistesriesen unseres Volkes. Auch die Reichsregierung sei bereit, zu ihrem Teile beizusteuern. Das Reich hat einen kleinen Betrag gestiftet, der der Lessingforschung zugute kommen soll. Für den Sinn, in dem geforscht werden solle, gebe es keine bessere Begründung für den Dichter oder Denker als die Weltanschauung, die uns im „Nathan“ vorgeführt wird; gerade wir Deutschen brauchen Beherzigung der „Nathan“-Mahnung: „tolerant zu sein“ gegenüber der Geistesrichtung, gegenüber der Weltanschauung der andern.

Die Hamburger Feiern fand im Stadttheater statt und wurde durch Rundfunk übertragen. Sie brachte eine Ansprache Bürgermeister Dr. Petersens, der die

Stiftung eines Lessingpreises der freien und Hansestadt Hamburg in der großen Höhe von 15 000 Reichsmark, die alle drei Jahre zur Verteilung gelangen soll, bekanntgab.

Als Preisträger sollen neben deutschen Dichtern und Schriftstellern auch deutsche Gelehrte in Betracht kommen, deren Werke auf den von Lessing gepflegten Wissensgebieten die Erkenntnis gefördert und zugleich durch ihre künstlerische Darstellung und

sprachliche Form die deutsche Prosa weitergebildet haben. Der Preis wird ungeteilt verliehen werden. Außerdem sprach der Berliner Theaterkritiker Alfred Kerr, der in seinen Ausführungen den heutigen Stand der Kritik in Beziehung zu Lessings heute noch aktuellen in der „Hamburgischen Dramaturgie“ niedergelegten Forderungen setzte. Nicht vorenthalten wollen wir unsern Lesern übrigens die köstlichen Worte, mit denen das „Hamburger Fremdenblatt“ die Ansprache Alfred Kerrs begleitet: „Zur Verwunderung, ja man kann sagen, zur Verärgerung weiter



Lessing-Taler

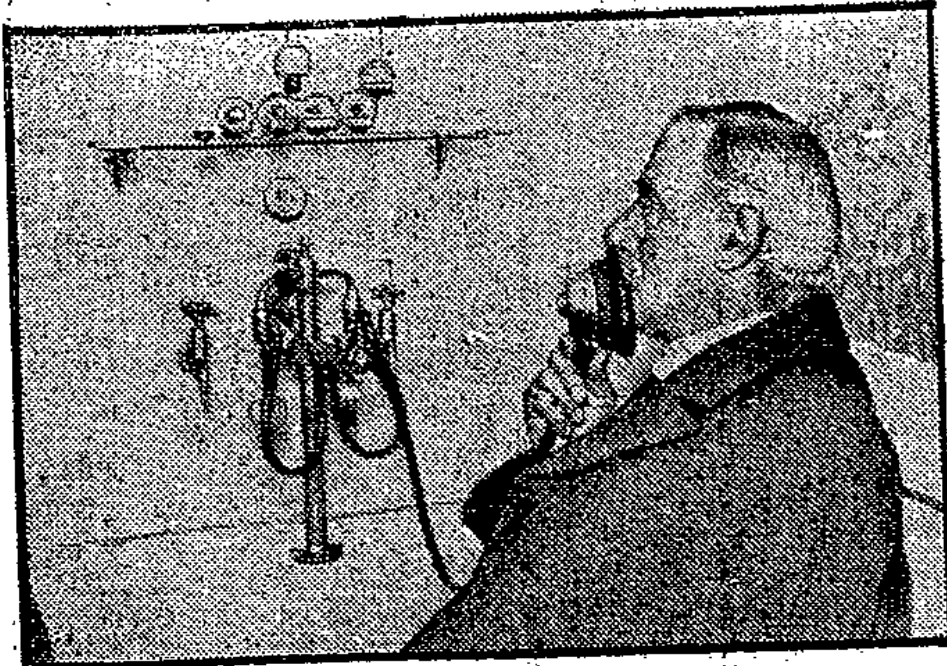
Auf Anregung der Stadt Braunschweig hat das Reichsfinanzministerium einen Lessing-Taler nach dem Entwurf von Professor Rudolf Bosselt-Braunschweig zum Goethe-Lessing-Jahr geprägt.

Kreise unserer Stadt, wurde als Festredner nicht eine Hamburger Persönlichkeit herangezogen, sondern ein Herr aus Berlin . . .

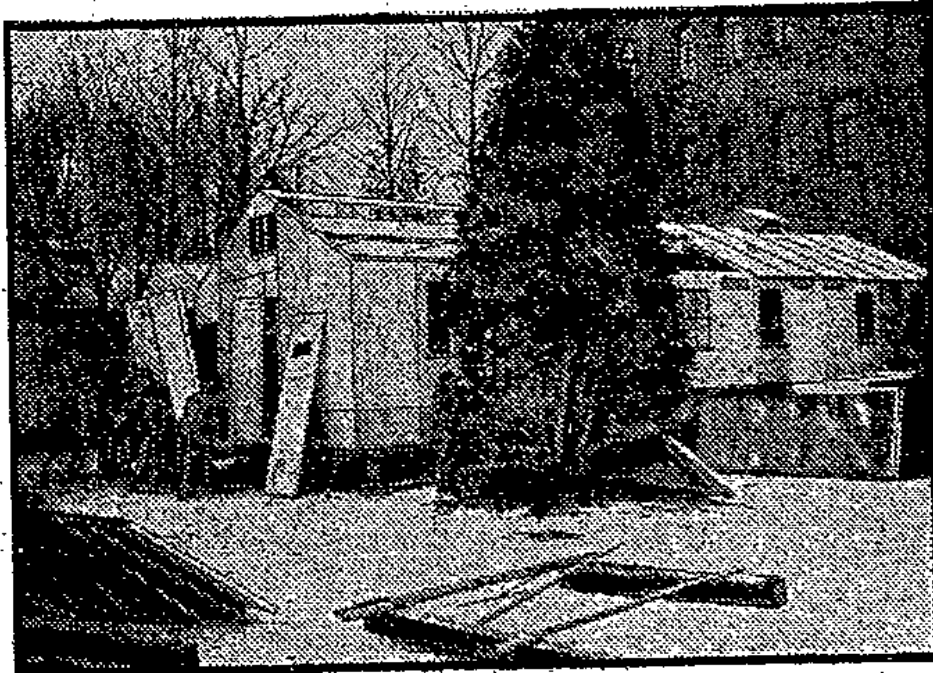
Wir zweifeln daran, daß dieser engherzige Provinzialismus im Sinne des deutschen Weltbürgers Lessing gewesen ist, den der Senat von Hamburg übrigens auch noch dadurch ehrte, daß er am Hamburger Lessingdenkmal auf dem Gänsemarkt vor Beginn der staatlichen Gedächtnisfeier durch Bürgermeister Dr. Petersen einen Kranz niederlegen ließ.

Lübeck feiert heute abend in der Oberrealschule zum Dom-Oberbibliothekar Dr. Heinrich Schneider hält die Gedenkrede.

Die Grippe-Internationale



Von Amerika ausgehend, hat sich die Grippe mit unheimlicher Schnelligkeit über ganz Europa ausgebreitet. Bekanntlich sind besonders die Weltstädte mit ihren vielfältigen Anstedungsmöglichkeiten verheert. Dort wird auch der Abwehrkampf am schärfsten geführt. Unsere Bilder zeigen die Maßnahmen, die London und Berlin, die am schwersten betroffenen Städte, dagegen durchführen. Links ein Bild aus London, wo in einem besonderen Gebäude Inhalatorien zum Zwecke der Grippe-



bekämpfung aufgestellt sind. Jedermann darf zu jeder Tageszeit das Inhalatorium betreten. Unser Bild zeigt einen Besucher des Inhalatoriums bei der Einatmung medizinischer Gase, die die Grippekeime töten sollen. — Rechts ein Bild aus Berlin, wo der Aufbau von Notbaracken erforderlich geworden ist, um wenigstens die Schwererkrankten unterbringen zu können. Unsere Aufnahme zeigt die Errichtung derartiger Baracken in den Gärten der Berliner Krankenhäuser.

Eine Wahlproteste

Dr. L. Lübeck, 21. Januar.

In Colmar im Elsaß war gestern Stichwahl. Sie fiel so aus, wie zu erwarten war. Der Autonomist Haug wurde mit 10 200 Stimmen gewählt gegen den nationalkatholischen Pfarrer Janser, der nur rund 6000 Stimmen aufbringen konnte. Die Pariser Presse tröstet sich über dieses für sie recht peinliche Ergebnis damit, daß es nur einen „Knappen“ autonomistischen Sieg bedeute.

Diese Auseinandersetzungen über Sieg oder Niederlage und über die Bedeutung der Wahl interessieren uns wenig. Viel interessanter für den ferneren Zuschauer sind die Wahlvorgänge selbst. Geradezu grotesk mutet die ganze politische Konstellation bei dieser Wahl an. Der Aufmarsch der Parteien könnte in dem buntesten Lustspiel nicht komischer und erschütternder dargestellt werden.

Es standen von vornherein zwei Richtungen einander gegenüber. Die nationale und die autonomistische. Da der Wahlkreis zu zwei Dritteln katholisch ist, stellte die nationale Einheitsfront den beliebten katholischen Pfarrer Janser auf unter der Parole „national-katholisch“. Die Autonomisten dagegen präsentierten den Sohn des früheren deutschen Staatssekretärs Haug, der nicht der katholisch-autonomistischen Volkspartei angehört, sondern der radikalsten autonomistischen Landespartei. Haug stammt zwar aus katholischer Familie, ist aber selbst Freidenker und aus der Kirche ausgetreten.

Diese Dinge sind scheinbar sehr gleichgültig, spielten im Wahlkampf aber eine hervorragende Rolle. Es standen sich also gegenüber ein nationaler katholischer Pfarrer und ein autonomistischer Freidenker. Der „katholische Pfarrer“ wurde unterstützt vom Bischof und der führenden Geistlichkeit, dann von sämtlichen französischen Kreisen, ferner von den Antiklerikalen, den Radikalsozialisten, außerdem von Protestanten und Juden. Der „Freidenker“ dagegen hatte besonders die Unterstützung der katholischen Arbeiter und Bauern und des kleinen Mittelstandes, auch der niedere Klerus stand auf seiner Seite.

Man kann sich leicht vorstellen, welche grotesken Wahlschlachten dieser Kuddelmuddel ergeben mußte. Die Antiklerikalen gaben, um die katholische Wählerschaft zu verwirren, Flugzettel heraus, in denen sie dem Autonomisten vorwarfen, Freidenker und ein Feind der Kirche zu sein. Die Autonomisten hinwiederum behaupteten, die Soutane des katholischen Pfarrers sei nur das Feigenblatt, um die eltsch- und kirchenfeindliche Front der „Nationalisten“ zu verbergen. In den Vorstandsstößen der Wählervereinigungen saßen katholische Geistliche, die von anderen Geistlichen ihrer Kirche beschimpft und bekämpft wurden. Bei der sonstigen Disziplin der katholischen Kirche unerhörte Dinge. Aber es gibt keine Macht, die Einigkeit wiederherzustellen kann. Der Bischof steht der allgemeinen Bewegung machtlos gegenüber, und selbst die Mahnung des Vatikans verhallte ungehört.

Alles Durcheinander konnte am Wahlergebnis nichts ändern. Auch der französische Regierungsapparat mit seinem Appell an alle Beamten, Bürgermeister, Schule usw. arbeitete umsonst. Der große Block der Pflichten (fast rein bäuerlichen) Kreishälfte zwischen Colmar und dem Rhein stand wie eine Mauer und wählte in vielen Dörfern bis zu neunzig und hundert Prozent autonomistisch.

An sich soll, wie die Autonomisten sagen, die Wahl nur „provisorisch“ sein. Wenn der bisherige Abgeordnete, der vielgenannte Kasse, amnestiert wird, dann legt der jetzt gewählte sofort sein Mandat nieder, um die Bahn freizumachen für eine triumphale Wiederwahl Kasses.

Die Vorgeschichte zu diesen seltsamen Vorgängen mag kurz erläutert werden. In dem bekannten Prozeß waren einige Autonomisten, darunter Ricklin und Kasse, mit Gefängnis bestraft worden, ohne Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Ein französisches Gesetz aus dem Jahre 1852, herausgebracht von Napoleon III. gegen die derzeitige republikanische Propaganda, bestimmt aber, daß derjenige, der wegen eines Vergehens gegen die Regierung zu Gefängnis bestraft wird, auch dann die bürgerlichen Ehrenrechte verliert, wenn das Gericht die Aberkennung nicht ausspricht, und zwar tritt dieser Verlust auf Lebensdauer ein. Gemäß dieser reichlich alten und auch etwas förmlichen Bestimmung entschied die französische Kammer mit 195 Stimmen bei 450 Enthaltungen, daß Ricklin und Kasse ihre Mandate und ihre Wahlfähigkeit auf Lebensdauer verlieren mußten.

Die eltschische Bevölkerung sah diesen gewiß seltsamen Beschluß als eine Provokation auf und verschärfte den Kampf. Die notwendigen Ersatzwahlen sollen als nur „provisorisch“ gelten, um dem übrigen will man für eine vollständige Amnestierung der nach der Meinung der eltschischen Mehrheit ungerecht behandelten beiden Abgeordneten kämpfen.

Die Auseinandersetzungen sind mit den Wahlen also nicht beendet. Und wenn es so weitergeht, wie bisher, so kann es noch lustig werden. Besonders viel Freude wird die französische Regierung daran nicht erleben. Gewaltmethoden haben noch nie zu gutem Erfolg geführt. Das weiß Deutschland aus eigener Erfahrung genau, und das wird schließlich auch Frankreich durch eigenen Schaden lernen.

Hoffnung für die Kleinrentner

Der deutschnationale Agitationsantrag / Die sinnlose 10000-Mark-Grenze / Reichsgesetz in Vorbereitung

Von Wilhelm Keil

Im Jahre 1925, als die Deutschnationalen zum ersten Male an der Reichsregierung beteiligt waren, beschloßen sie eine „Aufwertung“, die in Wirklichkeit die größte Enteignung der Weltgeschichte darstellt. Reiche Privatgläubiger wurden entschuldet, verarmten Gläubigern ihre Forderungen ganz aberkannt oder auf einen kleinen Rest reduziert. Die Gläubiger der öffentlichen Hand wurden genau so behandelt. An eine geordnete Versorgung der enteigneten Gläubiger und Spärer dachte die deutschnationale Regierungspartei nicht.

Im Jahre 1926, als die Deutschnationalen sich in der Opposition befanden, beantragten sie eine reichsgesetzliche Regelung der Rentnerversorgung, hatten es aber mit der Erledigung ihres Antrags nicht eilig.

Im Jahre 1927, als die Deutschnationalen wieder führend als Regierungspartei waren, erklärten sie ihren Antrag vom Jahre 1926 durch eine nichtsagende Entschlebung für erledigt. Ein von den Demokraten beantragtes Rentnerversorgungsgesetz lehnten die deutschnationalen Minister ab. Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags stimmten die deutschnationalen Vertreter bei der entscheidenden Abstimmung über dies Gesetz teils mit Ja, teils mit Nein, teils fehlten sie.

Im Jahre 1928, als die Deutschnationalen wieder in der Opposition standen, brachten sie einen neuen Initiationsgesetzentwurf ein. Danach sollte den enteigneten früheren Besitzern eines Kapitalvermögens von wenigstens 10000 Mark eine bevorzugte Versorgung gewährt werden. Alle übrigen verarmten Gläubiger, also die wirklichen Kleinrentner, auch diejenigen, die statt eines Kapitalvermögens ein Grundvermögen besaßen, das sie in der Not veräußerten, ebenso diejenigen, die ihre mühsam erzielten Ersparnisse zur Erziehung von im Kriege gefallenen Söhnen verwendet hatten, fanden zunächst vor den Augen der Deutschnationalen keine Gnade. Nachdem diese Ungehörlichkeiten im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags aufgedeckt worden waren, entschloßen sich die Deutschnationalen zu einer Erweiterung des Personenkreises und bezogen sogar die Werkspensionäre ein, die sie als Regierungspartei schroff abgewiesen hatten und für die sie eine Versorgungspflicht der betreffenden Unternehmer entschieden ablehnten. Die Deutschnationalen wollten früheren Besitzern eines Kapitalvermögens von 10000 Mark eine reichsrechtliche Jahresrente von 780 Mark, also von 7,8 Proz. zusprechen, alle übrigen Kleinrentner aber sollten in der unzulänglichen Fürsorge bleiben.

Während die Deutschnationalen als Regierungspartei in der Zeit der günstigen Finanzlage jede gesetzliche Versorgung der Kleinrentner veräußerten, gab es für sie als Oppositionspartei in der jetzigen Finanznot des Reiches keinerlei Rücksichtnahme auf die Deutungsfrage. Sie wollten nichts davon wissen, daß die Aufwertungsgesetze in den Punkten, in denen es heute noch möglich ist, eine Verbesserung erfahren, wodurch der Kreis der Bedürftigen eingeschränkt und die Leistungen an die Notleidenden erhöht werden könnten. Sie wollten nichts davon wissen, daß die bereicherten Schuldner zu einer Sonderabgabe herangezogen werden, die zur Versorgung der enteigneten Kleinrentner verwendet werden könnte. Sie schlugen dafür Besteuerung der Unternehmungen der öffentlichen Hand vor. Es sollte also zugunsten einer privilegierten Oberhäupter der Kleinrentner eine neue Steuer erhoben werden, die für die in bitterster Not

bedürftigen und überläßigten Kleinrentner eine Verteuerung des Gases, des elektrischen Lichtes, des Wassers, der Straßenbahnfahrkarte usw. mit sich bringen würde.

Der Mehraufwand, der durch die Sonderversorgung der bevorzugten Kleinrentner entstehen würde, würde auf annähernd 200 Millionen jährlich geschätzt. Bei der heutigen Finanzlage, die von den Deutschnationalen geschaffen wurde, würde diese Regelung darauf hinauslaufen, der großen Mehrzahl der Kleinrentner den Brotkorb noch höher zu hängen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie dieser deutschnationalen Rentnerpolitik nicht zustimmen konnte. Die Sozialdemokratie stellte die Frage zur Entscheidung, ob bei der Abgrenzung des Personenkreises der Bezugsberechtigten lediglich der frühere Kapitalbesitz maßgebend sein sollte. Diese

Frage wurde vom sozialpolitischen Ausschuß mit großer Mehrheit verneint. Wenn neben den Deutschnationalen auch die Deutsche Volkspartei sich für die Befassung aussprach, so war das eine schroffe Verleugnung des Standpunktes ihrer Minister Stresemann und Curtius, die einer mit der Stellung der Sozialdemokratie übereinstimmenden Regierungserklärung zugestimmt hatten. Nach Verneinung dieser Hauptfrage stimmte der sozialpolitische Ausschuß der zweiten von der Sozialdemokratie gestellten Frage einstimmig zu, die lautet: „Soll zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personenkreises, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen sowie der Mitwirkung der beteiligten Organisationen eine reichsrechtliche Regelung erfolgen?“ Reichsarbeitsminister Wissell erklärte sich bereit, dieser einstimmig bejahten Frage zu entsprechen und alsbald einen Gesetzentwurf vorzubereiten.

Die Sozialdemokraten hatten keinen Zweifel darüber gelassen, daß dieses Gesetz die Kleinrentnerfürsorge unabhängig machen muß von der Willkür der Fürsorgebehörden, daß es den Kleinrentnern Schutz gewähren muß gegen die Verpfändung von Vermögenswerten und gegen andere Schikanen, denen sie bisher ausgesetzt waren. Kommt, wie wir hoffen dürfen, eine solche reichsrechtliche Regelung zustande, so wird das ein Erfolg der sozialdemokratischen Politik sein. Die Politik der Deutschnationalen aber war mehr darauf gerichtet, der Not der eigenen Partei, als darauf, der Not der Kleinrentner zu steuern.

Ludendorff macht Gold!

Aber es ist keins geworden

Wahrscheinlich sind wieder mal die Juden dran schuld

Nach den Enthüllungen über den Mond, die Freimaurerei, die Zionsherzhaft und andere schöne Dinge steht General Ludendorff wieder einmal kräftig im Lichte der Öffentlichkeit: Dieses Mal hat der Generalfeldzeugmeister des Weltkrieges Gold machen wollen, um endlich mit allen den von ihm festgestellten Missetaten aufzuräumen zu können!

Wir berichteten am Sonnabend über die Schwindelkette des angehenden Ingenieurs Tausend, der mit seiner Frau auf Schloss Eppan bei Bozen verhaftet wurde. Wie die Goldmacher der alten Kurbrandenburgischen und Kurfürstlichen Fürsten hatte Tausend versprochen, richtiges, echtes und einwandfreies Gold herzustellen — freilich gegen Hergabe einer beträchtlichen Anzahl von papiernen Tausendmarkscheinen. Er meldete sich mit seinem Vorschlag bei Erzzeileuz Ludendorff, und das war für den General ein gefundenes Fressen.

Sehr bald glückte es Ludendorff, unter seinen politischen Anhängern annähernd eine halbe Million Mark für dieses großartige nationale Unternehmen zu mobilisieren.

Wenige Bahnstationen von München entfernt wurde auf einem Waldgrundstück ein Laboratorium eingerichtet, ein junger Sakentkrenzstudent, der gerade in einer reichlichen Erbschaft einen fetten Fisch gefangen hatte, gab sein ganzes Geld, einige rechtstabile Großindustrielle, die durch Ludendorffs Feldherrnbild gezwungen wurden, zückten das Scheckbuch. Die „Gesellschaft für chemische Studien“ wurde mit mehr als hundert Teilnehmern gegründet.

Das Goldmachen glückte dem Freunde Ludendorffs freilich ebenso wenig wie seinen berühmten Vorgängern Böttcher und

Genossen. Trotzdem gelang es ihm, seine Geldgeber vor allen Dingen unter Berufung auf die hohe Protektion des Generals Ludendorff immer wieder hinzuhalten. Mit dem erschwinsten Gelde kaufte Tausend Grundbesitz in Tirol, Bayern und Sachsen und führte das luxuriöseste Leben. Der kluge Mann, der ohne Zweifel Ludendorffs Intelligenz richtig einschätzte, gab sich, um seinem Gönner noch mehr zu imponieren, als

„Herr von Tausend“

aus. Tatsächlich ist er von Beruf Klempner, seine Frau ist eine ehemalige Kellnerin. Nur der Zufall, daß er mit einem Auto einen Fußgänger an der Brennerstraße anfuhr und sich nun aus Furcht vor den polizeilichen Nachforschungen auf seinem Schloß versteckt hielt, führte durch die Anfragen der Geldgeber zu seiner Entlarvung.

Tausend wird, da seine Betrügereien ausschließlich im Gebiet des Deutschen Reiches stattfanden, ohne Zweifel ausgeliefert werden. Ludendorff hat allen Grund, auf diese neue Heldentat sehr stolz zu sein!

Reichstag 24. Januar

Der Ältestenrat des Reichstags beschloß am Freitag, das Plenum auf Donnerstag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr einzuberufen. Der kommunistische Antrag auf Einberufung zum 22. Januar wurde abgelehnt.

Am 25. und 26. Januar soll das Steuervereinfachungsgesetz beraten werden. Montag, den 28. Januar, bleibt sittingsfrei wegen des Parteitages der Wirtschaftspartei. Am 29. Januar wird der Reichstag voraussichtlich wieder zusammentreten, um die neue Vorlage der Regierung über die Versorgung der Kleinrentner zu behandeln. In den folgenden Tagen soll dann die Handwerker-Novelle zur Gewerbeordnung auf der Tagesordnung stehen.

Neuer Reichswehrskandal

Wie mit unserm Geld geacht wird / Sinnlose Bestellungen / Neue Sachen mutwillig vernichtet

Weimar, 19. Januar. (Eig. Bericht)

In Sonnenburg haben sich zurzeit mehrere Schuttpolizeibeamte wegen Diebstahls, Fehlleistungen und anderer Delikte zu veranworten. Die Sonnabend-Verhandlung des Prozesses enthüllte merkwürdige Geschäftsmethoden des Reichswehrministeriums.

Die Reichswehr hat an die Firma Schwarzchild & Co. in Berlin vor mehreren Monaten ein größeres Altwertungslager verkauft, das im Zuchthaus in Sonnenburg untergebracht war und von fast allen Reichswehr-Regimentern beschlagnahmt wurde. In dem Lager befanden sich insgesamt 36 Waggons Militärwaffen. Als die eingelieferten Stücke bereits sortiert und Einheitspreise festgesetzt worden waren, wurden zahlreiche Waggons wieder nach Berlin verladen. Es stellte sich hierbei heraus, daß mindestens 20 Prozent aller angelieferten Bekleidungsstücke völlig neu und ungebraucht, ja sogar teilweise noch gebündelt waren. Das Reichswehrministerium warf beispielsweise zum Verkauf sozial Kopfschützer auf den Markt, daß sie kaum noch abzusehen waren. Das Kilo Hemd wurde von der Reichswehrverwaltung an das Altwertungslager mit 15 Pfg. veräußert. Schnürschuhe und Stiefel, Mäntel und andere Bekleidungsstücke waren teilweise mutwillig zerstört worden, damit sie an die Firma als Altwertungslager verkauft werden könnten. Außerdem wurde ein Waggon neuer Wäschestücke vom Reichswehrministerium nach Sonnenburg verladen. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit anderen Dingen. Stahlhelme, die 6 Pfund wiegen und neu 32 Mark kosten, sind für 45 Pfg. das Stück von der Reichswehr abgegeben worden. Man hatte sozial neue Sachen anschaffen lassen, daß sie in den Regimentern überhaupt nicht mehr untergebracht werden konnten.

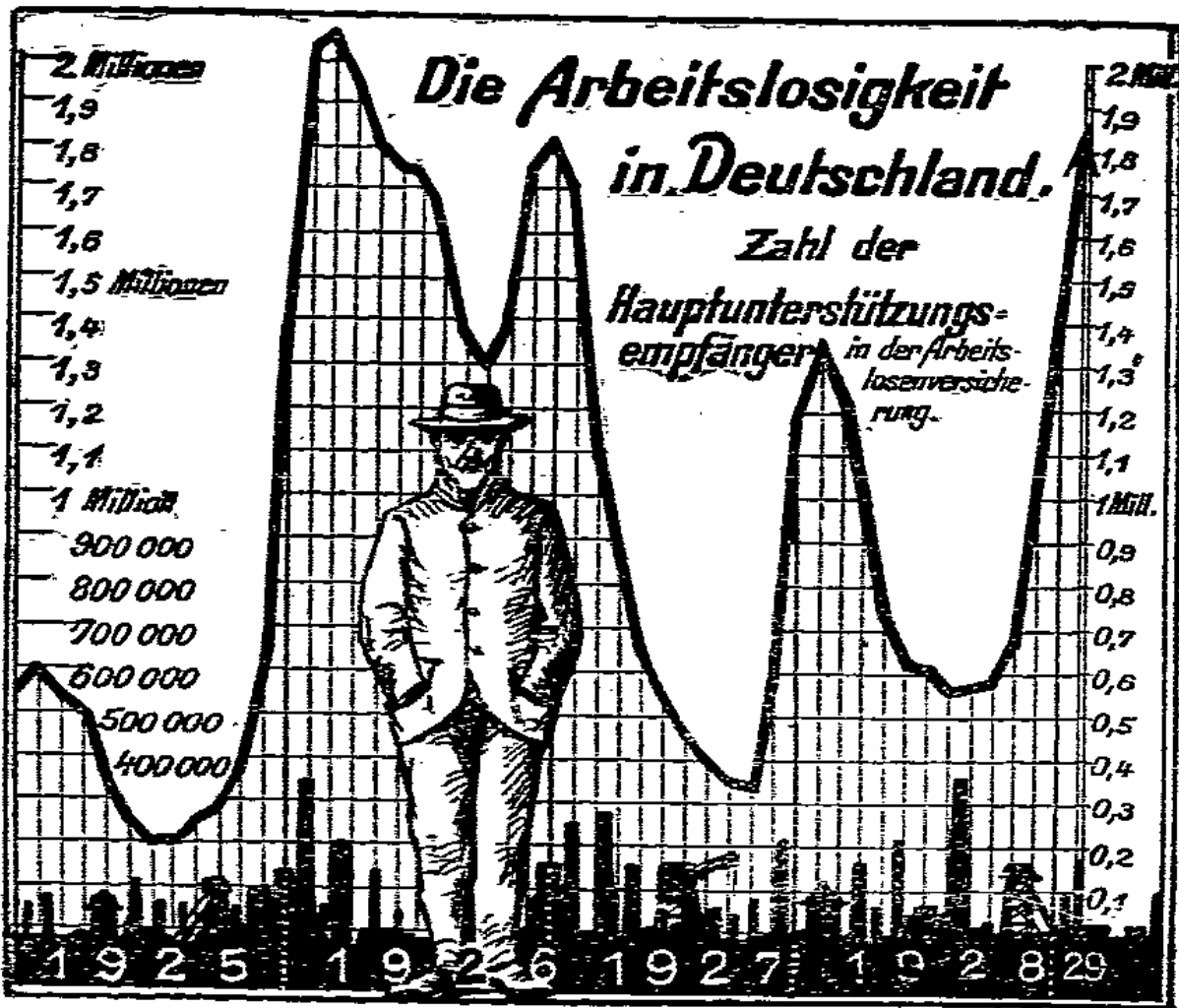
Es handelt sich hier um einen Skandal, mit dem sich unbedingt der Reichstag schon in allernächster Zeit befassen muß.

Faschistendemonstration in Paris

Mutige Zusammenstöße mit der Polizei

Paris, 20. Januar.

Am Sonnabend abend kam es zwischen der Polizei und den Anhängern der „Action Française“ auf dem Opéraplatz in Paris zu scharfen Zusammenstößen. Etwa 1500 königstreue marschierten in geschlossenem Zuge über die großen Boulevards und führten auf einem Lastwagen zwei gefesselte große Kuppeln mit sich, die Landwirtschaftsminister Henessy und den Redakteur Dumay darstellten. Beiden werfen die Royalisten bekanntlich eine Beteiligung an dem Krach der „Gazette du Franc“ vor. Die Demonstranten kamen sehr bald mit den wenigen den Ortsdienst versehenen Polizisten ins Handgemenge, wobei sieben Beamte und mehrere Royalisten Verletzungen erlitten. Als die Polizei Verstärkungen heranzog, zerstreuten sich die Demonstranten. In mehreren wurden erst Verhaftungen vorgenommen.



Die englischen Kommunisten wollen alles „zerichmettern“

Aber die SPD. von Lüttich ist dreimal so stark wie die Kommunisten von ganz Großbritannien

London, 21. Januar (Radio)

Am Sonnabend und Sonntag fand in Verranthe, einem Vorort Londons, nach 1 1/2-jähriger Pause wieder ein Parteitag der britischen kommunistischen Partei statt. Die Konferenz fand im Zeichen einer tiefen inneren Unzufriedenheit, für die insbesondere die Tatsache verantwortlich war, daß der gesamte Mitgliederstand der kommunistischen Partei Großbritanniens im Laufe des vergangenen Jahres auf 3500 Mitglieder gesunken ist. Die Führer versuchten den Rückgang der Mitgliederzahl auf Zerpfliederungsmaßnahmen und Maßregelungen kommunistischer Arbeiter zurückzuführen. Aus der Debatte ging jedoch hervor, daß die Delegierten mit der Auffassung ihrer Führer nicht übereinstimmen und über die Führung der Partei die allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck kam. Angesichts dieser Hoffnungslosigkeit über die Zukunft der kommunistischen Bewegung Großbritanniens, die sich überall fürchterlich machte, wirkte die Besetzung des Führers Campbell, daß die kommunistische Partei Großbritanniens die Kooperations-, Liberalen und Sozialdemokraten „zerichmettern“ wollen, außerordentlich wichtig.

Russische Brotnot

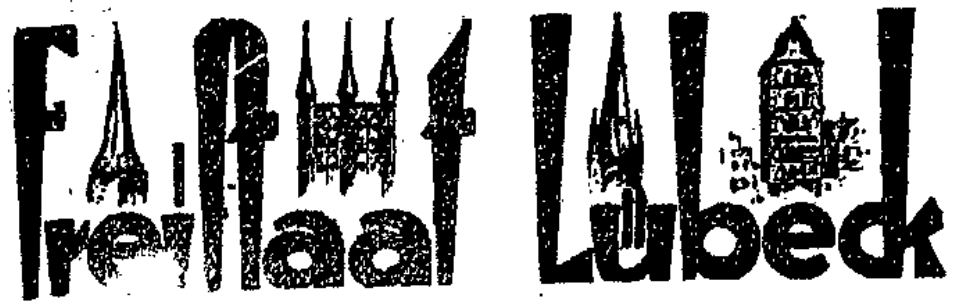
Berlin, 21. Januar (Radio)

In einer Sitzung der russischen Genossenschaft sprach Landwirtschaftsminister Kubjal über die Brotversorgung der Sowjet-Union. Er gestand im Verlaufe seines Vortrages ein, daß die Sowjet-Regierung nicht die notwendigen Mittel habe, um den Konsum in Rußland in genügender Weise zu versichern. 28 Millionen, die für die Versorgung der Sowjet-Union erforderlich seien, fehlten, und mußten von der Bevölkerung selbst gesammelt werden. Aus Sibirien sind unter größter Beschleunigung Getreide und Lebensmittel nach Moskau und Leningrad geschickt worden, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen.

Der Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich

Paris, 21. Januar (Radio)

Im Generalstreik der Kohlenarbeiter im Departement Gard ist bis jetzt lediglich eine leichte Abschwächungstendenz zu bemerken. Während zu Beginn des Streiks 90 Proz. der Belegschaften streikten, sind es jetzt nur noch 60 Proz. Die Unternehmungen weigern sich nach wie vor, in Verhandlungen einzutreten.



Zehn Pfennig

Von Zeit zu Zeit findet man in den Zeitungen eine Betrachtung über die Frage: „Was kann man für zehn Pfennig kaufen? ... Und dann stellt sich heraus, daß es eine ganze Menge Dinge gibt, die man für zehn Pfennig kaufen kann.

Landesarbeitsamt Nordmark

(Berichtswoche vom 10. bis 16. Januar)

Die Arbeitslosigkeit ist weiter im Steigen begriffen. Die Zahl der Arbeitsuchenden nahm in der Berichtswoche um 6511 (4,2 Proz.) auf 163 318 zu, gegenüber 9000 (5,1 Proz.) in der Vorwoche.

Ostpreussische Dichtung

1. Dichterabend der Volkshochschule; Agnes Miegel im Kreise neuerer ostpreussischer Dichter

Dichtern der deutschen Grenzlande im weiteren Sinn sollen nach der Ankündigung des Arbeitsplans die Dichterabende der Volkshochschule in diesem Wintersemester gewidmet sein.

Die Berufswahl

In wenigen Monaten tritt wiederum eine große Anzahl von jungen Menschen in das Berufsleben ein. Nicht wenige wählen die kaufmännische Lehre, um in den verschiedensten Zweigen des Kaufmannsberufs Fortkommen und Lebensunterhalt zu finden.

Darlehensvermittlungsschwindel

Von G. U. C.ermann, Ober-Kriminalinspektor in Leipzig

Drückende Armut zwingt so manchen, seinen finanziellen Schwierigkeiten durch kurz- oder langfristige Personalkredite vorübergehend zu steuern. Da die Kreditgewährung durch Banken oder bankähnliche Institute aus naheliegenden Gründen fast ausnahmslos von Sicherheitsleistungen abhängig gemacht wird, diese Erfordernisse aber in den meisten Fällen von den Kredituchenden nicht erfüllt werden können, so bleibt den Bedauernswerten in der Regel nur noch der letzte, aber äußerst gefährliche Weg übrig: die Inanspruchnahme irgendeines Darlehensvermittlers oder einer Firma, die sich mit der „Beschaffung“ von Darlehen befaßt.

Ein Staatsanwalt hat die fragwürdige Tätigkeit dieser Schwindler in seiner Anklage wie folgt beleuchtet: „Der Darlehensschwindel besteht im Eingehen einer Vorbehaltzahlung in irgendeiner Gestalt ohne reelle Gegenleistung. Die in diesem Gewerbe tätigen Firmen und Vermittler stehen alle miteinander in Verbindung und bieten sich gegenseitig Deckung und Schutz. Enorme Summen wandern alljährlich in die Taschen der Vorschußnepper.

Wie beim Heiratschwindel die geschädigten Opfer aus bekannten Gründen sich meistens nur schwer entschließen können, Anzeige gegen die Heiratschwindler zu erstatten, so scheuen auch in den meisten Fällen die Opfer der Darlehensschwindler den Weg zur Behörde. Und diese zwar verständliche, aber durchaus unangebrachte Zurückhaltung spielt bei der Bekämpfung der rücksichtslosen Elemente eine nicht unbedeutende Rolle.

Es ist ganz unmöglich, an dieser Stelle die verschiedenen Tricks der Darlehensschwindler zu kennzeichnen; der Kern besteht aber immer in der Erhebung der Gebühren für ein reines Scheckgeschäft.

Der Schwindel setzt ein mit den Verhandlungen mit dem Darlehensvermittler. Die Vermittler wiegen die Gelduchenden so in Sicherheit, daß diese kaum Zweifel an der Richtigkeit und Wahrhaftigkeit der Angaben hegen. Insbesondere werden ihnen die „Reellität“ und die „außerordentlich guten Beziehungen“ des in Frage kommenden „Stammhauses“ zu den Geldinstituten oder Geldgebern in der verlockendsten Weise geschildert.

naturhaft Ursprüngliche, sondern das Gezüchtete gab. Holz, der Unhürgerliche, und Subermann, der ständisch Verbürgerte, stehen so unvereinbar nebeneinander.

Der eigenen Weg und Sinn an diesen beiden Landsleuten vorbei suchte sich der als Opfer des Schlachtfeldes erst zweidreißigjährig gefallene Walter Heymann zu bereiten. In wundervoller Einheitlichkeit werden seine gesamten Dichtungen zur schönsten bildhaften Darstellung der deutschen Seele.

In Anlehnung an ihn und im Gegensatz zu Holz führte die 1879 zu Königsberg geborene Dichterin Agnes Miegel aus Heimat und Geschichte die Linie erneuerter Ueberlieferung und strenger Formung zu einem Höhepunkt der gegenwärtigen Dichtung. Ihre Balladen wurden in ihrer wählerischen und sparsamen Kunst, die von einfachen zwei Schlägen des Herzens lebt und die größten Probleme bewältigt, das Ereignis des neuen Jahrhunderts.

In wenigen Monaten tritt wiederum eine große Anzahl von jungen Menschen in das Berufsleben ein. Nicht wenige wählen die kaufmännische Lehre, um in den verschiedensten Zweigen des Kaufmannsberufs Fortkommen und Lebensunterhalt zu finden. Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß oftmals das Lehrverhältnis in diesem Berufe sehr zu wünschen übrig läßt, sowohl in bezug auf die Ausbildung als auch die rechtlichen Bestimmungen des Lehrverhältnisses.

wird vor allen Dingen die Exaktheit und Schnelligkeit bei der Bearbeitung der Darlehensangelegenheiten lobend hervorgehoben. Ist dies geschehen, dann kommt

der springende Punkt: die Erhebung der Gebühren. Damit ist an sich die Tätigkeit des Vermittlers erschöpft.

Er übersendet den Antrag und die für das „Stammhaus“ mit eingezogenen Gebühren an daselbe und hat somit mit der ganzen Angelegenheit nichts mehr zu tun. Das „Stammhaus“ teilt hierauf dem Darlehensuchenden mit, daß die Angelegenheit nunmehr einem Geldinstitut oder einem Geldgeber, mit dem das „Stammhaus“ in enger Fühlung steht, überwiesen worden sei. Es läßt in der Regel in den Formularen durchblicken, daß der Geldgeber geneigt sei, das Darlehen zu geben. Schon nach wenigen Tagen erhält der Darlehensuchende von dem „Geldinstitut“ die Mitteilung, daß ihm das gewünschte Darlehen zur Verfügung gestellt werden könne, sofern die angebotenen Sicherheiten ein Risiko seitens des Geldgebers ausschließen.

Es sind also von den Darlehensuchern dreimal Gebühren zu zahlen.

Von nun ab hört der Darlehensucher lange nichts mehr. Auf wiederholte Anfragen erhält er schließlich von dem Geldinstitut den Bescheid, daß nach eingezogener Erkundigung für das Darlehen keine hinreichende Sicherheit vorhanden sei, daß die Kreditwürdigkeit angezweifelt werden müßte und daß die Firma „zu ihrem größten Bedauern zur Ablehnung des Darlehensantrages gezwungen“ sei.

Sehr beliebt ist auch folgender Trick: Verschiedene Darlehensschwindler gründen eine Genossenschaft. Dem Darlehensuchenden wird zunächst angeheimgestellt, der Genossenschaft beizutreten, da nach deren Satzungen Darlehen nur an Genossen gewährt werden können. Der Darlehensuchende hat außer dem „Eintrittsgeld“ in der Regel noch eine Teilzahlung auf den „Genossenschaftsbeitrag“ zu leisten. Ist dies geschehen, so läßt man durchblicken, daß dem neuen Genossen „bedauerlicherweise“ das Darlehen verweigert werden muß und legt ihm nahe, den Beitritt zu annullieren. Es ist selbstverständlich, daß sowohl Eintrittsgeld als auch der gezahlte Beitrag für die entstandenen Unkosten aufgerechnet werden.

Ich habe prüfungshalber unerkannt mehrmals den Versuch unternommen, den und jenen Darlehensvermittler zu bewegen, den Vorschlag anzunehmen, sämtliche Gebühren mit noch einer besonderen Vergütung von der Darlehenssumme in Abzug zu bringen. Diese Vorschläge wirkten aber stets derartig auf diese „harmherzigen Samariter“, daß sie infolge der „eingetretenen Schwäche“ jede weitere Verhandlung abbrachen! Das anfangs geheuchelte Interesse für die Beschaffung des Darlehens war mit einem Male verflogen.

Ich möchte aber hier nicht unerwähnt lassen, daß es auch Darlehensvermittler gibt, deren Reellität und Aufrichtigkeit außer allem Zweifel stehen. Bestimmt sind sie aber mit der Vorleuchte zu suchen. Und wer gelegentlich einen solchen gefunden hat, soll ihm in seinem Herzen ein bleibendes Denkmal setzen!

Zentralverband der Angestellten zuständig. Er erteilt auch den Eltern vor Abschluß des Lehrvertrages Auskunft und Rat. Es darf daher nicht veräußert werden, rechtzeitig vor Abschluß des letzten Schuljahres die Berufsbereitung des Zentralverbandes der Angestellten in Anspruch zu nehmen. Sie wird kostenlos erteilt. Außer der Ortsgeschäftsstelle (Sunderstraße) erteilt auch die Hauptgeschäftsstelle Berlin S.O. 36. Oranienstr. 40/41 die gewünschte Auskunft.

Zwischen Stageraal und Imatra

Ein Nordlandfilm der Hamburger Urania

Das war eine herrliche Reise, die die vielen Menschen, groß und klein, am Sonntag mittag im Geiste mit dem Hamburg-Süd-Dampfer „Cap Polonia“ durch ganz Skandinavien machten! Und mancher Teilnehmer möchte gewiß gern die Schlussworte des Vortragenden: „Reisen Sie nach dem befreienden Norden!“ in die Tat umsetzen — wenn, ja, wenn er die erforderlichen Monate dazu hätte. So werden die meisten registrieren und mit der Reise im Film vorliebnehmen müssen.

Nordische Gesellschaft und Lichtspielgemeinde hatten zu dem erläuterten Vortrage den Leiter der Bildaufnahme, Dr. Lichtwark (Samburg) gewonnen, der in herzlichen Worten die Schönheiten der nordischen Länder pries und daneben immer wieder eindringlich auf die prächtigen Menschen verwies, die dort oben wohnen. Die Fülle des in hervorragenden Bildern Gezeigten verbietet eine Aufzählung im einzelnen — die Fjorde, die Städte, das flache Land, Stätten, bei deren Namen Erinnerungen aufstauen an Gosh, Jock, an Hamlet und Ophelia, an Björnson und Tolben, an Gösta Berling und Peer Gynt — so durchziehen wir die Gebiete zwischen Stageraal und Imatra. Spitzbergen, Hammerfest, Tromsø, Finnland mit seinen tausend Seen, die Trollhättanfälle, die nordischen Hauptstädte: Oslo, Stockholm, Kopenhagen — überallhin führte uns in ausgezeichneten Bildern der Film, und nun allem erzählt preisend mit viel schönen Reden Dr. Lichtwark, so daß Bild und Wort in innigem Zusammenklang bei dem Besucher die Sehnsucht nach jenen Ländern weckten.

Starken Beifall erlangen sich drei junge Schwedinnen, die in buntem Gewande an die Rampe traten und in ihrer Muttersprache kleine Liebesnarrungen, unter denen das bekannte „Spinn, spinn“ besonderes Gefallen erweckte.

So darf man insgesamt den Veranstalter, der Nordischen Gesellschaft und der Lübecker Lichtspielgemeinde, dankbar sein für das Gebotene, und wenn sich zu bedauern bleibt, so ist es das: der Zeitpunkt der Vorführung — Sonntag vormittag etwa 11 bis 1 Uhr — gestattet immer nur einer bestimmten Schicht die Teil-

Neues aus aller Welt

Biel zu mildes Urteil

Was ist eine „sexuelle Einstellung“?

Köln, 21. Januar (Radio)

Das erweiterte Schöffengericht in Köln verhandelte am Sonnabend bis spät in die Abendstunden gegen den Inhaber eines Kaminbaugegeschäfts, Teerheven, der unter der Anklage der Bergewaltigung und der Verführung eines 14-jährigen Mädchens stand. Er hatte im Herbst 1927 mit dem kaum 14 Jahre alten Mädchen zweimal geschlechtlich verkehrt. Die Folgen blieben nicht aus. Das Mädchen gebar in Abwesenheit der Eltern ohne jegliche Beihilfe ein Kind. Sofort nach der Geburt tötete es das Kind, zerstückelte es und warf die in Paketen zusammengeschnürten Teile in den Rhein. Als Vater wurde Teerheven vom Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung und wegen Verführung einer Bierzechnjährigen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt. Von einer Bestrafung wegen Bergewaltigung sah das Gericht ab, weil bei der sexuellen Einstellung des Mädchens dem Beurteilten die Erreichung seines Zieles nicht schwer gefallen sei. Das eingeleitete Verfahren wegen Kindesstörung wurde nach dem § 31 des Strafgesetzbuches eingestellt, weil nach dem Gutachten des Gerichtsarztes bei Begehung der Tat bei dem Mädchen jede freie Willensbestimmung ausgeblieben war. Der Rütling hatte dem armen Mädchen gedroht, daß er ihm den Hals abschneiden würde, wenn er als Vater des Kindes bekannt werde.

Lawinenunfälle

Infolge des Witterungsumschlages

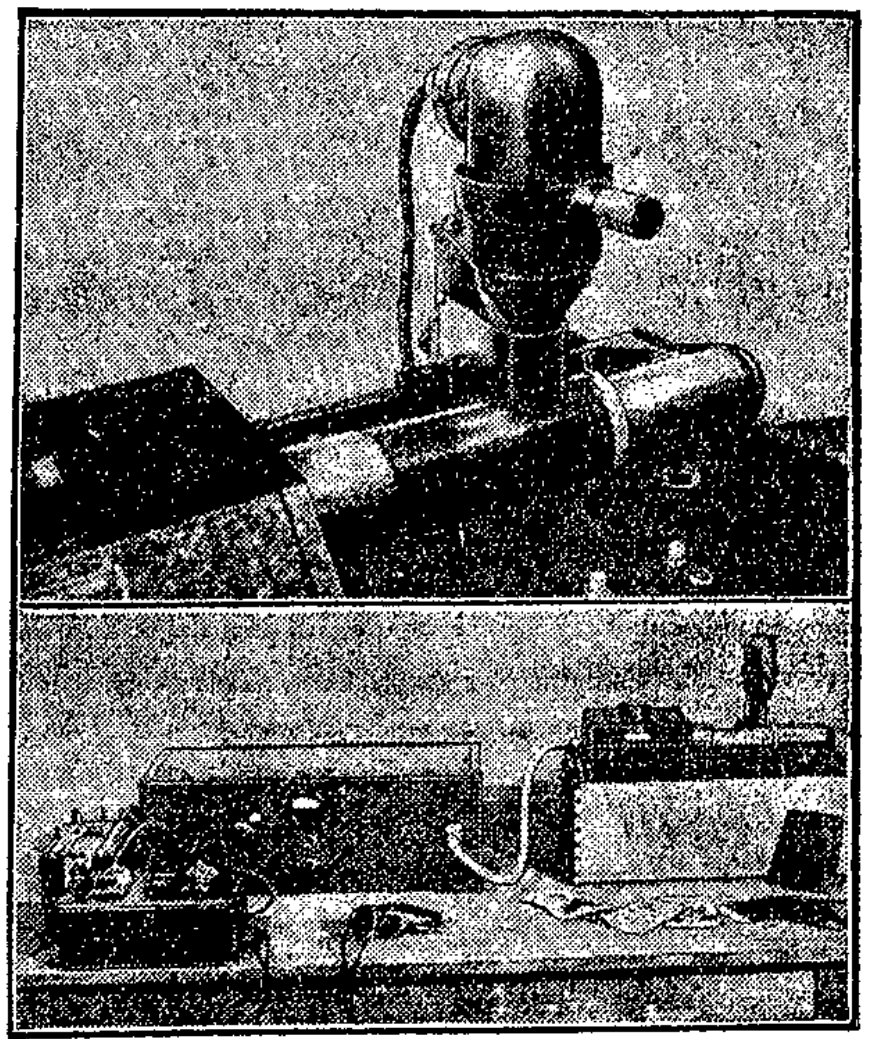
München, 21. Januar (Radio)

Der Witterungsumschlag, der am Donnerstag und Freitag in überaus starkem Schneefall erfolgte, verursachte im Gebirge große Lawinengefahr, der am Sonntag, soviel wie jetzt bekannt ist, drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Einer wurde im Hochrisgebiet Tölz von einer Lawine erfasst und konnte nur mehr tot geborgen werden, während sein Kamerad noch rechtzeitig aus den Schneemassen befreit werden konnte. Das zweite Unglück passierte in den Schliersee Bergen, wo eine Partie zu dritt ebenfalls von einer Lawine verschüttet wurde. Auch hier mußte einer das Leben lassen. Das dritte Unglück passierte in der hohen Salve bei Rißbühl. Bei der Bergwacht sind im Laufe der Nacht zum Montag noch mehrere Lawinenunfälle gemeldet, doch konnte darüber im einzelnen noch keine Klarheit geschaffen werden.

Freitod eines Berufsschülers

Sätte er nicht vermieden werden können?

Der 16 Jahre alte Drogerielehrling Paul Matlowitz aus Berlin hat sich in der Sommerwohnung seiner Eltern in Rahnsdorf durch einen Herzschuß getötet. Der junge Mann besuchte nebenbei die Städtische Berufsschule, konnte dem Unterricht aber nicht recht folgen. Der Direktor hatte deshalb die Eltern des Schülers gebeten, mit dem Jungen einmal Rücksprache zu nehmen. Bevor diese stattfand, griff der Schüler zur Waffe.



Der erste Bildrundfunk der Welt

wurde vom Wiener Großfender eingeführt. Der Bildfunk (Kullograph), den unser oberes Bild in Arbeitsstellung zeigt, während unten der neue Apparat gezeigt wird, bietet gegenüber den bisherigen Systemen große Zeitersparnis und schönere Wiedergabe der Bilder.

Aus den Tiefen der Großstadt

„Legt mich zur Mutter und verzeiht mir!“

Ein düsteres Sittengemälde wurde dieser Tage vor einem Wiener Bezirksgericht aufgerollt. Dort hatte sich der Chauffeur Johann Wolfshüh wegen Zuhälterei und verbotenen Waffenbesitzes zu verantworten.

Im Juli vorigen Jahres wurde die Prostituierte Hedwig Schell in ihrer Wohnung mit durchgeschossener Schläfe aufgefunden. In der Hand hielt sie einen Trommelrevolver, in dem noch fünf Schüsse steckten, und als dessen Besitzer Wolfshüh ermittelt wurde. Neben der Leiche fand man einen Zettel, auf dem die Worte standen: „Lebet wohl, legt mich zur Mutter, verzeiht mir“. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß Wolfshüh, der Zuhälter des Mädchens, seine Freundin gequält und mißhandelt hatte, daß sie in ihrer Verzweiflung zur Waffe griff. Die Geschwister der Selbstmörderin beauftragten im Laufe der Verhandlung, daß der Angeklagte die Schell bis aufs Blut gepeinigt habe. Sie ließ ihren Geliebten auf ihre Kosten zum Chauffeur ausbilden. Der Kofling machte jedoch keine Anstalten, sich Arbeit zu suchen. Er prügelte sein Opfer fast täglich durch und schickte das Mädchen selbst dann auf die Straße, wenn es krank war. Eine Schwester der Selbstmörderin sagte aus, der Angeklagte habe seine Geliebte nur fest anschauen brauchen, dann sei sie ihm nachgeschlichen wie ein verprügelter Hund. Das Mädchen gab dem sauberen Galan täglich 5-Schilling Taschengeld und kaufte ihm außerdem das ganze Essen. Einen Tag vor der Verzweiflungtat des Mädchens ließ sich die Schell in einem Lokal eine Flasche Bier geben und sagte zu dem Kellner: „Es ist die letzte, die ich trinke“. Der Angeklagte wurde zu zwei Monaten strengem Arrest verurteilt.

Zumult im Zirkus Busch

Die Berliner wollen ihren Eisbärenruff hören

Berlin, 21. Januar (Radio)

Am Sonntag nachmittag ist es im Zirkus Busch zu wilden Tumulten gekommen, die das Eingreifen der Polizei und des Ueberfallkommandos notwendig machten. Der Skandal hatte seine Ursache darin, daß die Zuschauer annahmen, daß ihnen auch die in den Abendvorstellungen gezeigte Attraktion „Eisbärenruff“ vorgeführt würde, bei der 30 Eisbären mitwirken. Als dann die Vorstellung zu Ende ging, ohne daß die Eisbären gezeigt wurden, wurde das mit wilden Pfui-Rufen und einem tosenden Pfeif-Konzert aufgenommen. Als die Saalbedienten und die im Hause befindlichen Polizeibeamten zur Räumung der Plätze aufforderten, faßten sich die Zuschauer reihenweise unter den Arm, um nicht von ihren Plätzen verdrängt werden zu können, und trafen Anstalten, gegen die Beamten tätlich vorzugehen. Erst nachdem die Zirkusdirektion sich entschlossen hatte, den Wünschen des erregten Publikums entgegenzukommen, trat Ruhe ein.

Alles automatisch

Bejare ohne Personal

Bejare ohne jegliches Verkaufspersonal öffnen in Wäde in Neugork ihre Türen. Alle Waren werden durch Automaten verkauft. Wir führen größtenteils nur bekannte Markenartikel, jagte kürzlich ein Direktor der Firma. Wenn ein Kunde unsere Verkaufsräume betritt, weiß er meistens schon, was er kaufen will. Darum ist die schnellste und die für ihn auch billigste Art und Weise die Bedienung durch Automaten. In vielen Geschäften besteht die Arbeit des Verkaufspersonals ohnehin zum größten Teil aus automatischer Handlungsbearbeitung. Wir gehen darum nur einen Schritt weiter. Bewährt sich unser System, werden wir es auf die ganzen Vereinigten Staaten ausdehnen. Wir verkaufen Artikel in den verschiedensten Preislagen. Kostet z. B. ein Artikel 18 Cent, so wirft der Kunde zwei 10-Cent-Stücke ein und erhält mit der Ware 2 Cent zurück.

„Benjamin, ich hab' nichts anzuziehen!“

Zauberwandel für Detektive rettet die Situation

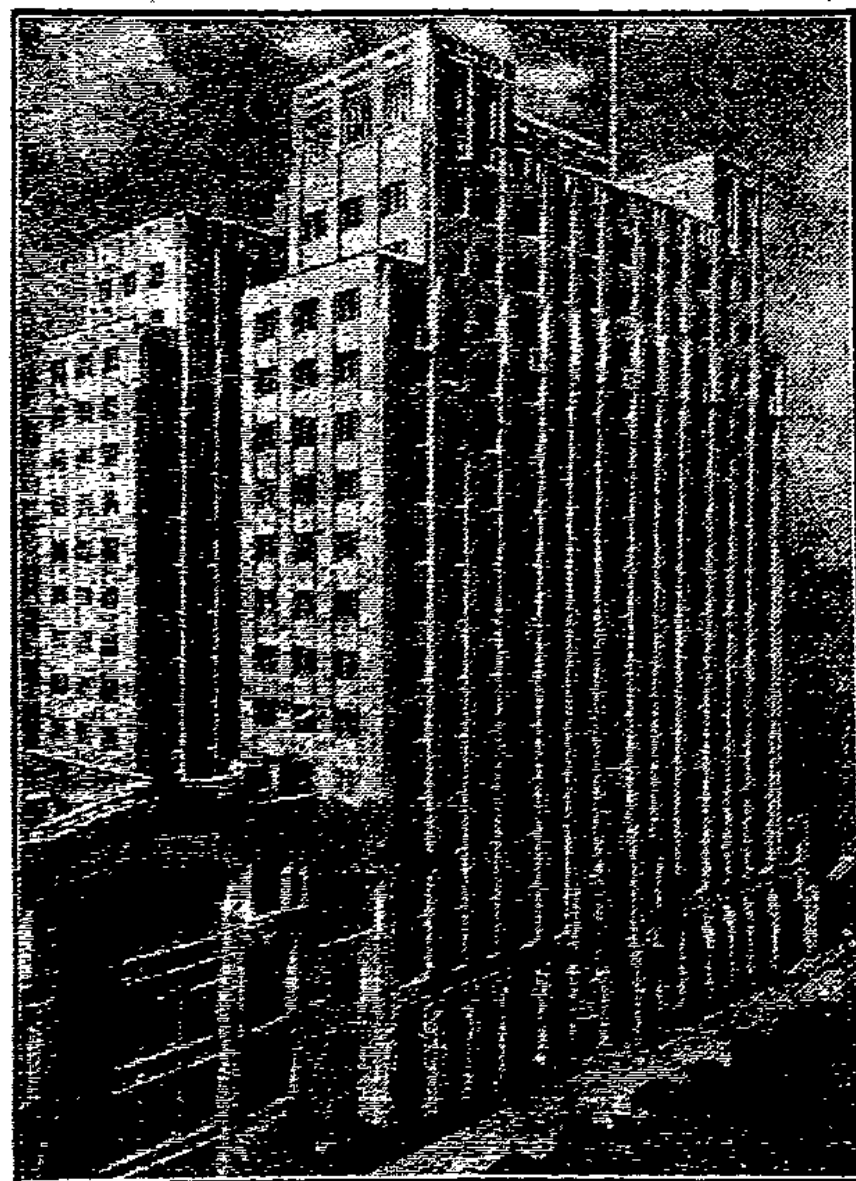
Für den Detektiv ist es bei der Beobachtung von Verdächtigen auf der Straße oft von großer Wichtigkeit, so schnell wie möglich seine Kleidung zu wechseln, um nicht die Aufmerksamkeit des Verfolgten zu erregen. Näher der Detektiv ein Paket mit Kleidungsstücken bei sich, so fällt er auf. Außerdem würde die Ver-

kleidung, die oft in einem Hausflur oder einem Hof vor sich gehen muß, so viel Zeit in Anspruch nehmen, daß der Mann, dessen Spuren der Detektiv verfolgt, sich inzwischen aus dem Staube machen kann. Jetzt hat die Londoner Polizei ein neues Mittel in die Hand bekommen, dem Detektiv einen ungewöhnlich schnellen und unauffälligen Kleiderwechsel zu ermöglichen. Der Schneider Benjamin hat einen Trick erfunden, der einfach und dennoch höchst wirkungsvoll ist. Er hat nämlich einen Rock hergestellt, der im Lauf von wenigen Sekunden das Aussehen des Detektivs verandelt und deshalb in Scotland Yard als Zauberwandel der Polizei bezeichnet wird. Es ist ein Doppelmantel, der auf der einen Seite wie ein Straßenmantel aus dunklem Stoff aussieht, während die andere Seite ein hellgrauer Regenmantel von ganz anderem Schnitt ist. In Scotland Yard hat man schon Gelegenheit gehabt, die Wirkung des Mantels zu erproben; der Versuch verlief zur vollständigen Zufriedenheit der Detektive.

Sinrichtung mit Blumenduft

Womit sich Menschen doch beschäftigen!

In Europa pflegt man die Mörder mit dem Beil oder dem Strang hinzurichten. In Amerika erfolgt die Exekution durch den elektrischen Starkstrom. Das ist moderner, könnte man sagen. Aber die Amerikaner, die wie kein anderes Volk der Welt den „Fortschritt“ lieben, haben nun schon wieder etwas noch Moderneres, noch „Humaneres“ gefunden. Die elektrische Hinrichtung soll durch die Gas-Hinrichtung ersetzt werden. Ein Arzt aus Chicago, Dr. Gordon Clapham, ist der Erfinder und menschenfreundliche Befürworter dieser neuen Methode. Der Verurteilte wird in eine besondere Zelle eingesperrt, in die man unter Druck stehendes Gas einströmen läßt. Langsam schlüft der Delinquent ein, um niemals wieder zu erwachen. Dr. Gordon Clapham hat aber die Dinge nicht nur vom gesundheitlichen und humanitären Standpunkt aus betrachtet. Seine neue Hinrichtungsmethode bietet auch dem davon Betroffenen mancherlei Vorteile. Das von ihm erfundene Gas, das neutral und geruchlos ist, kann nach dem jeweiligen Wunsch des Todesurteilten beliebig parfümiert werden! In Zukunft wird also in den Vereinigten Staaten der arme Sünder die Wahl haben, unter den Dämpfen von Veilchen, Flieder oder Patchuli sein Leben auszuhängen.



Ein Kollenträger für Kranke

wurde in Philadelphia erbaut. Das neue, mit den modernsten Einrichtungen versehene Hospital kostete 2 Millionen.

Wie bei uns:

10 000 amerikanische Schauspieler brotlos!

Die amerikanischen Theater machen zurzeit eine schwere Krise durch, wie sie in solcher Schärfe in der Theatergeschichte der Vereinigten Staaten bisher noch nicht verzeichnet wurde. Die Folgen der Desorganisation im amerikanischen Theaterwesen machen sich denn auch für die Künstler aufs empfindlichste bemerkbar. Sollen doch heute über 10 000 Schauspieler beschäftigungslos sein. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die gegenwärtige Krise mit der Frage der Preispolitik der Theaterunternehmer in ursächlichem Zusammenhang steht. Nicht jeder ist da in der glücklichen Lage, einen Mindestpreis von fast 9 Dollar für einen Theaterplatz zu bezahlen. Sachkenner behaupten weiterhin, daß im klassischen Land der Reklame die Organisation der Propaganda für das Theater noch ganz in den Kinderschuhen stecke, und daß auf diesem Gebiet vor allem eine durchgreifende Umänderung erfolgen müsse, wenn man über die Schwierigkeiten hinwegkommen wolle, die verschiedenen Organisationen des Theaterbetriebes wollen sich daher fester zusammenschließen und in einer gemeinsamen Aussprache erwägen, was zu tun sei, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in die das Theaterleben geraten ist. Man denkt daran, einen mit allen Machtbefugnissen ausgestatteten Vertreter zu wählen, der fähig und ideenreich genug ist, der Theaterindustrie neue Möglichkeiten zu erschließen.

Der liebe Bob

Und dann ermordet die Krankenschwester den schlafenden Patienten

Ein eigenartiges Drama hat sich dieser Tage in Denver zugetragen. Ein junger Polizist wurde als Opfer einer Schießerei mit Schnapschmugglern eingeliefert. Er hatte eine leichte Armwunde davon getragen. Zu gleicher Zeit wurde in dem Hospital in das er eingeliefert wurde, eine Pflegerin neu eingestellt, sein „Sweetheart“ aus der Zeit des Krieges; er war auch nach seiner Rückkehr aus Frankreich wieder zu ihr in Beziehungen getreten, hatte sie aber nach fünf Jahren verlassen, um eine andere zu heiraten. Seitdem hatte er sie nicht wiedergesehen. Wie sich aber aus ihren hinterlassenen Papieren herausstellte, hatte sie sich stets über seinen Aufenthalt und sein Leben auf dem laufenden gehalten. „Du gehörst mir, ich kann nicht länger leben ohne Dich. Ueber fünf Jahre habe ich auf dieses Zusammenreffen gewartet — und es kam...“ erklärte sie in ihrem letzten Brief an ihren „lieben Bob“. Fast die ganze letzte Nacht brachte sie, nach den Erklärungen eines anderen Patienten, an dem Bette des verwundeten Polizisten zu — und tötete ihn, als er endlich eingeschlafen war. Dann wandte sie die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich lebensgefährlich. In der Hinterlassenschaft der Pflegerin fanden sich eine Menge von Zeitungsartikeln, die sich auf Amtshandlungen des getöteten Polizisten bezogen. Sie hatte sie, wie es schien, seit Jahren systematisch gesammelt.

Heiratschwindel

Ein Heiratsvermittlungsbureau, „Grand Institut“, Budapest 7, Erzebebürt 17 (auch Elisabethring 17), gegründet 1902, erläßt über deutsche Annoncenexpeditionen in den Tageszeitungen unverständliche lautende, aber sehr verlockende Heiratsgesuche männlicher und weiblicher Ehefucher. Den sich Meldenden sendet das Institut alsbald einen Prospekt mit glänzenden Versprechungen und der Angabe, daß der Ehefucher im eigenen Lande etwa 1 1/2 Stunden entfernt wohnt und über den Erfolg der eingeleiteten Vermittlung schon nach 8 bis 10 Tagen berichtet wird. Für die Einleitung der Vermittlung wird nach dem Prospekt ein Voranschuß nicht verlangt, alles geschieht auf das Risiko des Instituts. Indessen werden für Porto 5 Mark verlangt. In einem zweiten Brief wird die Namhaftmachung und die persönliche Bekanntschaft zwischen dem Ehefucher und der sich meldenden Person in Aussicht gestellt, wofür eine Gebühr von 20 Mark verlangt wird. Die Leistung besteht offenbar im Adressenaustausch. Inhaber des Instituts war früher Therese Deutsch, und ist jetzt deren Ehemann Ephraim Franz Divoicic, der gleichzeitig in Budapest ein Annoncenbureau betreibt.

Ein eigenartiger Blühschlag hat in Bynburg (Südafrika) mehrere Menschenleben gefordert. Der Blühschlag in eine Schafherde ein, tötete den Hirten und zehn Schafe und sprang dann auf eine 200 Meter entfernte liegende Kirche über. Hier wurden vier Eingeborene getötet und vier verletzt. Die acht Opfer lagen an verschiedenen Stellen der Kirche; die neben ihnen Sitzenden blieben unversehrt.

Privat-Kraftfahrerschule

Ernst Kupffer, Kronsforder Allee 46. Garzraetut: Nr. 26091